



Zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Basisinitiativen aus Österreich und ganz Europa rufen am 11. Oktober zu einem europaweiten Aktionstag auf, um die laufenden Verhandlungen über TTIP, CETA und andere Freihandelsverträge zu stoppen und eine alternative Handelspolitik voranzubringen. Diese muss Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an erste Stelle setzen.
www.ttip-stoppen.at

Freihandelsabkommen TTIP & CETA STOPPEN!

Europaweiter Aktionstag Samstag 11. Oktober 2014

Aktionen in Wien:

10:00 Uhr **Infokundgebungen**

- genaue Standorte unter: www.ttip-stoppen.at
- Infostand der PRO-GE / ÖGB
10:00 bis 14:30 Uhr beim Museumsquartier
(Ecke Mariahilfer Straße beim Markus Omofuma-Denkmal)

14:30 Uhr **Demo gegen CETA & TTIP**

für gerechte Handelsbedingungen!
Treffpunkt Museumsquartier

Abschlusskundgebung beim Parlament ca. **16:30** Uhr

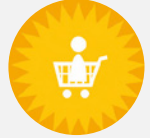
Eine Initiative von:





Die Handelsabkommen TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“ zwischen den USA und der EU) und CETA („Comprehensive Economic and Trade Agreement“ zwischen Kanada und der EU) sind die prominentesten Beispiele dafür, wie Handels- und Investitionspolitik undemokratisch und im alleinigen Interesse großer Konzerne verhandelt wird.

TTIP und öffentliche Dienstleistungen: Mit TTIP und CETA stehen auch öffentliche Dienstleistungen unter Druck. Aufgrund der „Investorengleichbehandlung“ müssen alle Anbieterinnen am Markt gleichermaßen berücksichtigt werden. Das kann zu Privatisierungen und einem Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge (z.B. Pflege, öffentliche Bildung) führen.



TTIP und Demokratie: TTIP wird in fast völliger Geheimhaltung verhandelt. Im Vorfeld fanden 93% aller Treffen mit LobbyistInnen internationaler Großkonzerne statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen hingegen haben kein Mitspracherecht, Parlamente werden nicht eingebunden, die kritische Öffentlichkeit wird nicht informiert.

TTIP und Lebensmittel: TTIP bedeutet, dass KleinbäuerInnen in den USA und Europa vermehrt dem Druck der globalen Agrarindustrie ausgesetzt werden, was regionale Produktion erschwert und einen Preiskampf auslösen wird. Dies kann dazu führen, dass Lebensmittelstandards aufgeweicht werden.



TTIP und Umwelt: TTIP gefährdet das in Europa geltende Vorsorgeprinzip. Derzeit müssen Unternehmen nachweisen, dass neue Technologien (z.B. gentechnisch veränderte Organismen, Chemikalien) unschädlich für Mensch und Umwelt sind. Nur wenn von ihnen keine Gefahr ausgeht, dürfen sie zugelassen werden. In den USA liegt diese Beweislast beim Staat.

TTIP und ArbeitnehmerInnenrechte: Die USA haben von sechs Normen der internationalen Arbeitsorganisation (z.B. das Recht auf Kollektivvertrag, Schutz vor Diskriminierung, Gewerkschaftsrechte) nur zwei ratifiziert. Es ist zu befürchten, dass TTIP auch Arbeitsstandards in Europa gefährden würde.



TTIP und Konzernmacht: Mit TTIP und CETA bekommen Konzerne Klagerechte gegen Staaten, wenn ihnen aufgrund von Gesetzgebungen Profite entgehen könnten. Ein Beispiel hierfür ist die Klage des Stromkonzerns Vattenfall, der die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs auf 3,7 Mrd. Euro verklagt.